

31303 Burgdorf  
Vor dem Hann. Tor 1  
26. Okt 2020

Herrn Bürgermeister  
Armin Pollehn  
Rathaus II  
Vor dem Hann. Tor 1  
31303 Burgdorf

### **Antrag gemäß Geschäftsordnung: Die Stadt Burgdorf wird ein Sicherer Hafen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im Namen der Gruppe beantragen wir: Der Stadtrat unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik, die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“. Dazu tritt die Stadt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei.

Auch die Stadt Burgdorf ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich die Stadt Burgdorf offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete. Damit bekräftigen die Kommune und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden.<sup>1</sup>

#### **Begründung:**

Abschottung und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Grenzen sind keine legitimen politischen Mittel. Die Blockierung der zivilen Seenotrettung durch europäische Staaten und die Kriminalisierung der Seenotretter\*innen müssen umgehend beendet werden. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden. Dabei sind die menschenwürdigen Unterbringungen sowie die rechtlichen Voraussetzungen schnellstmöglich zu gewährleisten und umzusetzen.

Die aktuell katastrophalen Bedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln erfordern ein sofortiges Handeln auf allen Ebenen. Angesichts der Situation der Menschen in Moria und den anderen Lagern an den europäischen Außengrenzen müssen alle zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft werden, um den dort gestrandeten Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe, jedoch rechtlich einwandfrei zu leisten.

---

<sup>1</sup> Diese Passage ist mit minimalen Anpassungen dem Beschluss der Stadt Potsdam vom 5. Dezember 2018 entnommen.

## 1. **Sicherer Hafen**

Die Stadt Burgdorf erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden, insbesondere Familien, Frauen und Kindern ein.

## 2. **Aufnahme zusätzlich zur Quote**

Die Stadt Burgdorf stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten, in Lagern an den EU-Außengrenzen festsetzenden Menschen, besonders Familien mit Kindern sowie Frauen mit Kindern sicher. Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel).<sup>2</sup> Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Burgdorf mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium sowie der Region Hannover und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.

## 3. **Solidarische Kommune**

Die Stadt Burgdorf tritt für Bleibeperspektiven ein und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen ungerechtfertigte Abschiebungen ein. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.<sup>3</sup>

## 4. **Kommunales Ankommen gewährleisten**

Die Stadt Burgdorf sorgt für ein langfristiges Ankommen der Schutzsuchenden, indem sie insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung zur Verfügung stellt sowie die Eigenständigkeit und ihre gesellschaftliche und politische Teilhabe fördert.<sup>4</sup>

## 5. **Kommunales Bündnis "Städte Sicherer Häfen"**

Die Stadt Burgdorf setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

Wir bitten den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Hinz  
Fraktionsvorsitzender SPD

Hartmut Braun  
Fraktionsvorsitzender  
B'90/Die Grünen

Kurt-Ulrich Schulz  
Fraktionsvorsitzender WGS

Rüdiger-Mirco Nijenhof  
Fraktionsvorsitzender Freie Burgdorfer

---

<sup>2</sup> Diese Passage verbindet - leicht angepasst - den Beschluss der Stadt Göttingen vom 30. August 2019 und jenen der Stadt Northeim vom 27. August 2020.

<sup>3</sup> Diese Passage stammt aus dem Beschluss der Stadt Northeim vom 27. August 2020.

<sup>4</sup> Diese Passage verbindet den Beschluss der Stadt Göttingen vom 30. August 2019 und jenen der Stadt Northeim vom 27. August 2020.